



Linz, am 10. November 2016

Betreff: Änderung der Gewerbeordnung 1994, BMWFW; Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Umweltschutzanwaltschaften Österreichs begrüßen die Reform der Bewilligung einer gewerblichen Anlage dahingehend, dass die für diese Anlage notwendigen Bescheide künftig aus einer Hand kommen sollen („One-Stop-Shop“). Wie im vorgeschlagenen neuen § 356b GewO festgelegt, sollen zukünftig gesonderte Genehmigungen nach anderen Verwaltungsvorschriften entfallen, es sind aber deren materienrechtliche Bewilligungsregelungen bei der Erteilung der gewerberechtlichen Genehmigung anzuwenden.

Während für die Mitbewilligung der Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes neben dem Stand der Technik und Emissions- und Immissionsregelungen auch die persönliche Ladung von Parteien und des Wasserwirtschaftlichen Planungsorgans als Formalpartei samt Beschwerdelegitimation explizit angeführt sind, fehlt die in manchen Bundesländern nach Bau- und Naturschutzrechtsbestimmungen festgelegte Parteistellung samt Beschwerdelegitimation (Umweltschutzgesetzbestimmungen) der Landes-Umweltschutzanwaltschaften völlig.

Die Umweltschutzanwaltschaften Österreichs fordern daher die Ergänzung der vorgeschlagenen Fassung des § 356b GewO-neu dahingehend:

*„Nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften kommt der Umweltschutzanwaltschaft Parteistellung zur Wahrung der Umweltschutzinteressen einschließlich der Beschwerdelegitimation an das Verwaltungsgericht des Landes, der Revision wegen Rechtswidrigkeit und des Antrages auf Fristsetzung wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch ein Verwaltungsgericht an den Verwaltungsgerichtshof zu.“*

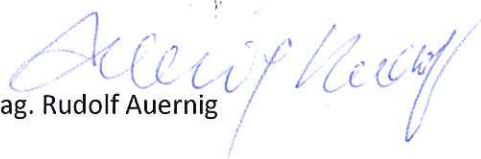
Mit freundlichen Grüßen

Für die Bgld. Umwelthanwaltschaft:



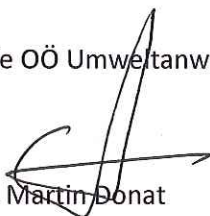
Mag. Werner Zechmeister

Für die Kärntner Umwelthanwaltschaft:



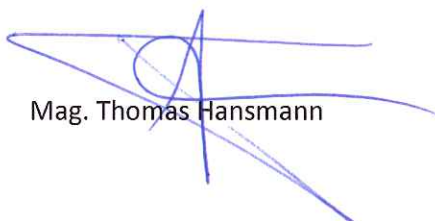
Mag. Rudolf Auernig

Für die OÖ Umwelthanwaltschaft:



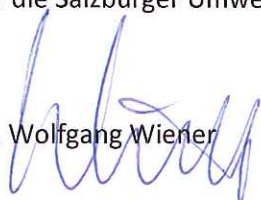
DI Dr. Martin Donat

Für die NÖ Umwelthanwaltschaft:



Mag. Thomas Hansmann

Für die Salzburger Umwelthanwaltschaft:



Dr. Wolfgang Wiener

Für die Stmk. Umwelthanwaltschaft:



HR MMag. Ute Pöllinger

Für die Tiroler Umwelthanwaltschaft:



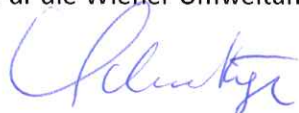
Mag. Johannes Kostenzer

Für die Naturschutzanwaltschaft Vorarlberg:



DI Katharina Lins

Für die Wiener Umwelthanwaltschaft:



Mag. Dr. Andrea Schnattinger